

# Dresdner Nachrichten

Meyer's mollige Schlafrocke

von 12 Mark an.

Schlafrock - Meyer, Frauenstrasse 7.

Telegr.-Adresse:  
Nachrichten, Dresden.

Wegen vollständiger  
Aufgabe der  
**Tuch-**  
Handlung  
Schreibergasse 2  
alle Preise  
ganz bedeutend  
herabgesetzt,  
theils unter Kostenpreisen.

**Veranstaltungen**  
42. Jahrgang.  
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich, Sonn- und Feiertagen ausgenommen.

**Putz- und Mode-Magazin**  
**J. M. Korschatz & Altmarkt 6**  
Hoflieferant Gegründet 1843  
**Stroh- und Filzhutfabrik**  
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

**Julius Schädlich**  
Am See 16, part. u. I. Et.  
**Beleuchtungs-Gegenstände**  
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

**Photogr. Atelier „Adèle“**  
(Inh.: A. verw. Rosenkranz)  
Striesenerplatz 11. Filiale: Weisser Hirsch  
hält sich bestens empfohlen.  
Visit 1 Dutzend 6 Mark.  
Cabinet 1 " 18 "

**Regenschirme** in grösster Auswahl **Schirmfabrik C. A. Petschke, Wildrufferstr. 17.**  
zu billigsten Preisen. **Annenstr. 9 (Stadthaus)**

**Nr. 327. Spiegel:** Reichstagswahl, Hofnachrichten, Landtagsberhandl., Holzzeitung, Gesamt-  
ratsprüfung, Bezirksauswahl, Gerichtsverhandlungen, Philharmon. Concert. **Donnerstag, 25. November 1897.**

## Für den Monat Dezember

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle Marienstr. 38 und bei unseren Neben-Annahmestellen zu 90 Pfennigen, für auswärtig bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 85 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.

### Politisches.

Die Reichstagswahl, die schon in Posen-Oberungarn stattgefunden hat, gibt einen Vorgeschmack dessen, was wir bei den allgemeinen Neuwahlen des nächsten Jahres zu erwarten werden. Der Kampf um das Mandat des neunten schleswig-holsteinischen Wahlkreises zeigt vor allem das Bild der Parteienzersetzung, die das charakteristische Merkmal der ganzen Wahlbewegung sein wird. Von den größeren Parteien blieben hier Nationalliberale und Ultramontane von der Konkurrenz von vornherein ausgeschlossen. Dennoch sind nicht weniger als fünf Kandidaten in Wettbewerb getreten; und zwar handelte es sich ursprünglich bei keinem von ihnen um eine bloße Kandidatur, sondern jeder glaubte einen gerechten Anspruch auf den Sieg zu besitzen. Der Wahlkreis bildet auf eine wechselvolle Vergangenheit zurück. Bei der ersten Wahl im Jahre 1871 fiel er an die Freisinnigen; Professor Seelig erhielt damals 8273, Graf Holtstein nur 2046 Stimmen. Im Jahre 1874 eroberte die Sozialdemokratie den Kreis mit 8068 Stimmen, während der Freisinnige bloß 4871 Stimmen auf sich vereinigte. Bei der nächsten Wahl (1877) siegten die Konservativen, die seitdem das Mandat bis zu dem Tode ihres Anführers, des Grafen Holtstein, ununterbrochen behauptet haben. Das Stimmverhältnis der konkurrierenden Parteien ist indes immer ein schwankendes geblieben. Im Jahre 1877 erhielt Graf Holtstein in der Stichwahl 11.466, der Sozialdemokrat nur 4971 Stimmen. Vier Jahre später ist der Sozialdemokrat ganz von der Bildfläche verschwunden; Graf Holtstein siegte mit 6362 über seinen freisinnigen Gegenkandidaten Professor Rommien mit 5276 Stimmen. Die Stimmenzahl für den Grafen Holtstein stieg 1884 auf 8208, während sich der liberale Gegner mit 4741 Stimmen begnügen mußte. Im Jahre 1887 traten zum ersten Male drei Kandidaten auf und zwar trug der bisherige Vertreter den Sieg mit 10.510 Stimmen davon; der Freisinn bekam 4281, der Sozialdemokrat 1189 Stimmen. 1890 erhielt Graf Holtstein 8133, der Fortschrittler 4501, der Sozialdemokrat 2354; 1893 Graf Holtstein 9281, der Fortschrittler 3808, der Sozialdemokrat 3230 Stimmen.

Dem konservativen Kandidaten v. Tungenen standen diesmal vier Konkurrenten gegenüber, zwei Freisinnige, ein Sozialdemokrat und ein Nationalsozialist. Das Endergebnis der Wahl steht zur Zeit noch nicht fest, da die Resultate aus einer Anzahl kleinerer Gemeinden noch nicht vorliegen. Bis jetzt sind gezählt worden: für v. Tungenen (kons.) und Bund der Landwirthe 7130, Weinheber (nat.) 2441, Damaschke (nat.-lib.) 2295, Schmidt (frei. Volksp.) 1571 und Höck (frei. Ver.) 1359 Stimmen. Hiernach würde, vorausgesetzt, daß die noch ausstehenden Ergebnisse nicht eine wesentliche Verschiebung in dem Stimmverhältnis der Parteien bringen, eine Stichwahl zwischen dem Konservativen und dem Sozialdemokraten zu erfolgen haben. Zwischen der freisinnigen Partei Schleswig-Holsteins, die 1893 die Spaltung in eine männliche und weibliche Linie nicht mitgemacht hat, und der Richter'schen Volkspartei war eine Einigung nicht zu erzielen; jede Gruppe leistete sich einen eigenen Kandidaten, um so einen erbauenden Beitrag zu liefern, daß nicht einmal innerhalb aller freisinnigen Kreise, die seit Jahr und Tag die Solidarität aller Liberalen gegenüber dem Junkertum und der Reaktion predigen, das gemeinsame Parteiinteresse den Konkurrenzgeist der Führer und die heimlichen Rücksichten auf deren Eitelkeit und Eifersüchteleien zu überwinden vermögen. Dem Rufus der Doppelkandidatur hat es der Freisinn zu danken, daß er mit dem Konservativen nicht zur Stichwahl gelangt ist. Hätten sich die Freisinnigen zu einigen vermocht, so würde ihr gemeinsamer Kandidat zweifellos an zweiter Stelle stehen und mit dem Konservativen im zweiten Wahlgang um die Palme des Sieges streiten, während jetzt die beiden freisinnigen Konkurrenten an letzter Stelle kommen und die angenehme Alternative haben, für den Konservativen oder für den Umstürzler einzutreten. Für die Genossen des Herrn Eugen Richter steht die Frage für die Stichwahl bereits fest; sie werden ohne die geringsten Gewissensbedenken für den Sozialdemokraten stimmen. Eine größere Ueberwindung wird es dagegen den gemäßigten Anhängern der Richter'schen Freisinnigen Vereinigung kosten, sich bei der Stichwahl zu Gunsten eines der beiden zur Auswahl gestellten Kandidaten zu entscheiden. Die Annahme, daß auf dem rechten Flügel des Freisinn, besonders in Schleswig-Holstein, noch immer ein Rest patriotischer Einsicht und nationalen Gefühls vorhanden ist, der genügt, um sie von der direkten Unterstützung eines Revolutionärs zurück zu halten, berechtigt zu der Hoffnung, daß der

Wahlkreis Posen-Oberungarn der konservativen Partei nicht entfallen werden wird. Der beträchtliche Vorsprung, den der konservative Kandidat vor seinem Gegner bei der Stichwahl hat, könnte nur weit gemacht werden, wenn die Anhänger aller übrigen Parteien einmütig dem Sozialdemokraten den Vorzug geben und die Konservativen nicht im Stande sind, ihre Stimmenzahl noch aus dem Reiben Derjenigen zu verhäufeln, die ihrer Wahlpflicht bei dem ersten Wahlgang nicht genügt haben. Das dürfte aber um so leichter zu ermächtigen sein, als sich für die Stichwahl die ganze Situation wesentlich vereinfacht hat; jetzt gilt es die Wahl zu treffen zwischen einem Vertreter des staatsverhaltenden Gebiets und dem grundsätzlichen Gegner der bestehenden Ordnung. Die brandenburgischen Wahlkreise Ruppin und Westpreignitz gingen der konservativen Partei im entscheidenden Kampfe gegen freisinnige Gegner verloren; in Posen-Oberungarn ist dagegen der Stichwahl-Gegner ein Sozialdemokrat. Man darf sich wohl der Hoffnung hingeben, daß die Unterschiede zwischen Freisinn und Sozialdemokratie noch nicht dermaßen vermischt sind, daß für die Konservativen die Chancen nicht besser sind, wenn sie in der Stichwahl einen Sozialdemokraten statt eines Freisinnigen zu bekämpfen haben.

Besonderes Interesse hat die Reichstagswahl in Posen-Oberungarn durch die Beteiligungs der Raumann'schen Nationalsozialisten erhalten. Diese sind hier zum ersten Male mit einer selbstständigen Reichstagskandidatur aufgetreten. Das Resultat, das sie hiermit erzielt haben, gibt einen Maßstab für ihre Aussichten bei den künftigen Neuwahlen, für die sie eine Anzahl Kandidaturen planen, und aus der Art der Agitation, die sie in Posen-Oberungarn betrieben haben, kann man sich eine Vorstellung machen, welche Rolle sie bei der allgemeinen Reichstagswahlkampagne spielen werden. Ihr Verhalten in dem neunten schleswig-holsteinischen Wahlkreis läßt deutlich erkennen, daß sie in der Hauptrolle in der Richtung wirken werden wie die verordnete Gruppe der sogenannten deutschsozialen Reformen. Bei diesen wie bei den Nationalsozialisten sind der Parteizweck und das Parteiprogramm nur dazu da, die Wähler irre zu führen und über die wahren Absichten dieser Willkürherrschaften der Sozialdemokratie zu täuschen. Bei beiden ist die Bewirkung des Programms gleich der Zweck ihrer Bestrebungen, sondern das Mittel zur Bewirkung eines die staatsverhaltenden Reize serbischen Demagogentums. National wollen beide sein; inhaltlich wirken sie aber antinational, indem sie überall als Bioniere des demokratischen Radikalismus und der sozialen Revolutionäre wirken sind und dem Freisinn wie der Sozialdemokratie Vorwanddienste leisten. Das politische Ideal der Reformen wie der Nationalsozialisten ist das Recht aller linkslebenden Parteien gegen die Konservativen. Ob Zimmermann, Völkemann oder Raumann; das ist Jades wie Gold! Auch in den Erbesnissen ihrer B. blagitationen gleichen sie sich; wie die Reformen in Ruppin-Templin, und in der Westpreignitz sind auch die Nationalsozialisten, trotzdem sie alle Kräfte ausgeboten und im Wähler und Schützen selbst ihre sozialdemokratischen Vorbilder übertrifften haben, nicht im Stande gewesen, einen Erfolg zu erzielen. Die Stimmen, die sie auf ihre Kandidaten vereinigt haben, stellen das Maximum dessen dar, was sie überhaupt zu erzielen vermögen und daher werden sich wohl beide Richtungen hinsichtlich der Wahlresultate keinen Illusionen mehr hingeben, sondern sich nur noch damit begnügen, ihren Einfluß bei den Wahlen zu Gunsten der antinationalen Parteien noch so lange geltend zu machen, als sie schließlich von diesen abgibt worden sind. Lange wird das nicht mehr dauern; denn die Herren Zimmermann und Raumann sind bereits beim Anfang vom Ende ihrer Laufbahn angelangt.

### Herrschreib- und Fernschreib-Berichte vom 24. November.

Berlin. Am 8. Dezember findet in Berlin der Parteitag der Deutsch-Konservativen Brandenburgs statt. Ansprachen halten Dr. Kropatsch, Freilich und v. Nassow.  
Wien. Abgeordnetenhaus. Die Erklärung des Präsidenten, womit derselbe die Sitzung schloß, lautete: „Angesichts der Gemaltheiten, die sich im Hause zugetragen haben, erachte ich es für meine Pflicht, die heutige Sitzung anzuhängen. Ich bitte Derjenigen, die die Abgeordneten angehen können, welche sich der Gemaltheiten schuldig gemacht haben, im Bureau zu erscheinen.“ Diese Erklärung gab der Präsident auf Wunsch mehrerer Abgeordneten ab, welche nach der Unterbrechung der Sitzung im Bureau erschienen und ihre Aussagen in Protokoll gaben. Die nächste Sitzung findet morgen 1 Uhr statt.

Berlin. Der Kaiser hat sich heute Mittag von Kiel nach Altona begeben, wo er vom Generaloberst Grafen Waldersee begrüßt wurde. Nachmittags setzte der Kaiser seine Reise nach Potsdam fort. — Bei dem Eintritte, welches nach der am Freitag frühverkauften Hofball im Berliner Schloß stattfand, ergriff der Kaiser das Glas und brachte die Gesundheit des Prinzen Heinrich aus, des von ihm ernannten Obersten des ostfälischen Geschwaders. — Herr Graf Günther von Schleswig-Holstein, der Bruder der Kaiserin, ist plötzlich an Darmaffektion erkrankt. — Die Veremählung des Prinzen Ernst von Sachsen-Altenburg, des Prinzen-Thronerben, mit der Prinzessin Adelheid von Schaumburg-Lippe, Tochter des Prinzen Wilhelm und jüngerer Schwester der Königin von Württemberg, soll im Februar n. J. stattfinden. — Wie nach der „Rein-Westl. St.“ verlautet, sind im neuen Militärstatut für die neu einzuführende warme Abendkost für die Mannschaften, womit die Herabverpachtung einem wiederholt geäußerten Verlangen des Reichstags entspricht, etwa 5 Millionen Mark auszumessen. Weitere erhebliche Kosten im Militärstatut stellen sich als Folgen früherer Reichstagsbeschlüsse, wie die Forderung zur Erneuerung bzw. Veranschlagung des Artilleriematerials und zur Erbauung neuer Kasernen, die für die aus der Zusammenlegung der 4. Division neu gebildeten Regimenter bestimmt sind. — Freiherr v. Hohenhausen, der Kommandant der Kaiserliche „Dobnopolzen“, übernahm die erste Marineinspektion, welche Prinz Heinrich bisher inne hatte. — Wie aus Kiel gemeldet wird, sind für den fönien die vollen Kandidaten v. Tungenen bereits 873 Stimmen über die absolute Mehrheit erzielt, so daß seine Wahl als gesichert gelten kann. — Der Entwurf der Militärreformordnung wird, wie verlautet, am kommenden Abend amtlich veröffentlicht. — Der evangelische Oberkirchenrat hat beschlossen, einen vorbereitenden Ausschuss im Hauptamt in Darses-Salaam zu konstituieren und mit dem Bau einer Kirche mit Turm und Wirtshaus vorzugehen. Der Plan hat sowohl die Zustimmung des Kaisers, als auch des

General-Synodal-Vorstands gefunden. — Das National-Deutsches Kaiser Wilhelm's I. ist heute nach Wiederlegung des Baujahres freigegeben worden. — Die ersten Klagen des Arbeitsauswärtigen gegen Reichner des Garantiefonds für die Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896 beschlagnahmte heute das Gericht. — Einmal 400 Aussteller haben die Erfüllung der Forderung der Ausstellungsleitung auf Zahlung des auf sie entfallenden Prozentes der Garantiefondsumme abgelehnt und sich zu einem Verbands zur gemeinsamen Durchführung vereinigt. Bezüglich dieser Verbandsmitglieder wurde ein neuer Verhandlungstermin auf den 2. Dezember angesetzt und heute nur gegen 2 Garantiefondszeichner, die sich nicht dem Verbands angegeschlossen hatten, verhandelt. Die Anwälte derselben erhoben den Einwand, daß nicht der Arbeits-Ausschuss, sondern der Gesamtvorstand der Ausstellung als solcher den Garantiefondszeichnern zur Rechnungslegung verpflichtet sei. Der Gerichtshof beschloß, diese Forderung der Beteiligten als berechtigt nicht anzuerkennen und sie daher nach dem Antrage des Richters zur Zahlung der von ihnen garantierten Summen an den Arbeits-Ausschuss zu verurteilen. — Nach den im Kaiserlichen Statistischen Amt zusammengestellten Nachrichten über den Stand der Reichsanstalten Mitte November und den Entwerfertrag die früh bestellten Sorten im Allgemeinen einen guten Stand, die spät eingegebenen gehen in Folge der letzten herrschenden Frostperiode nicht auf und haben sich etwas schwächer entwickelt. Bezüglich häufiger über Schneeden und Nödeln gelagert. Die Durchschnittsnoten für das Reich schließen unglücklich in der Mitte zwischen gut und mittelmäßig für Weizen, Roggen und Hafer. Immerhin sind sie für Weizen und Roggen aber doch ungünstiger, als in jedem der letzten vorhergegangenen 4 Jahre. Sie lauten nahezu auf gut für jungen Alee und Luzerne und übersteigen damit den Durchschnitt aus den Notizen der eben genannten Jahre. Was die Verteilung der Felder anlangt, so ist dieselbe im Königreich Sachsen und in den Uebernahmungsgebieten Schlesiens noch in weitem Maßstand. Die vorläufigen Resultate des Erntertrags für Hafer sind etwas geringer, die für Kartoffeln und Weizen höher, für Alee bedeutend höher als im Vorjahre ausgefallen. Hinter dem vierjährigen Durchschnitt steht die Dasernte des Jahres 1897 um 1.4, die Kartoffelernte um 7.3 Prozent zurück, während die Ernte des laufenden Jahres an Alee-Hen den vierjährigen Durchschnitt um rund 32 und die an Weizen um 25 Prozent übersteigt. Ueber den Saatstand sind für Mitte November folgende Notizen ermittelt worden: Weizen 2.6, Roggen 2.6, Hafer 2.6, junger Alee 2.3. Für das Königreich Sachsen weicht die Notiz für Weizen 2.1, Roggen 2.5, junger Alee 2.3. Der Erntertrag wird vorläufig geschätzt bei Hafer auf 14.3, Kartoffel 110.1, Alee, auch Luzerne, 61.5 und Weizen 42.6 Doppelcentner pro Dekal. Speziell für Sachsen beträgt die Schätzung: Hafer 18.6, Kartoffeln 118.5, Alee 69.4, Weizen 55.3.

Falkenstein i. B. Gestern Nachmittag kurz vor 4 Uhr wurde hier bei starkem Wind ein langer andauernder Schneefall und darauf ein kurzes Donnerwetter bemerkt. Nachts trat Schneefall ein.  
Wien. Die Kammer der Abgeordneten begann heute die Beratung des Antrags v. Volkmar betr. die Annäherung der wegen Caberettreibens Verurteilten und des Antrags Pauli betr. die weitgehendste Begnadigung der verurteilten Cabarets, die von Fall zu Fall erfolgen soll. Nachdem die Antragsteller ihre Anträge eingehend begründet hatten, erklärte der Justizminister, der Antrag einer Amnestie sei unmöglich, weil die Gründe für die Verurteilung bei den einzelnen Personen sehr verschiedene waren und weil durch den Antrag keine neue Ueberlegungen gerade in jenen Gebieten befürchtet werden müßten, welche man jetzt von dem Ururteil befreit habe. Dagegen erklärte sich der Minister bereit, jedes berechtigte Gesuch um Unterbrechung zu empfehlen. Im Laufe der Debatte wurde von allen Seiten eingeklagt, daß die Bewohner der in Frage kommenden Gegenden durchweg sehr erfreut seien, daß dem Caberettreiben ein Ende bereitet würde und daß der von den Habern ausgeübte Terrorismus vermindert sei. Die Debatte über die Anträge wurde auf Freitag vertagt.

Wien. Reichstagswahlwahl Posen-Oberungarn. Bis jetzt wurden gezählt für v. Tungenen (kons.) 7127, Weinheber (nat.), Damaschke (nat.-lib.) 2441, Schmidt (frei. Volksp.) 1700 und Höck (frei. Ver.) 1469 Stimmen.  
Rannheim. In Deibelsberg verstarb der General der Infanterie i. D. v. Richter.  
Wien. Abgeordnetenhaus. Abg. Graf verlangt, es möge in das amtliche Protokoll aufgenommen werden, daß der Präsident durch die Unterbrechung der letzten Sitzung die Geschäftsordnung durch Festlegung der Tagesordnung der heutigen Sitzung mit dem Ausgleichsvorortium als ersten Gegenstand derselben verleiht habe. Er verlangt darüber eine Reihe von Abstimmlungen. Präsident v. Abrahamowicz erklärt, es sei das Recht des Präsidenten, die Sitzung zu eröffnen, zu schließen und zu unterbrechen. Verweis der Tagesordnung verweist er auf den Wortlaut der Geschäftsordnung und bemerkt, die Linie habe selbst die rechtzeitige Verhandlung der eigenen Anträge bezüglich der Ministeranfrage verhindert, indem sie 54 namentliche Abstimmungen provoziert hätte. Es beginnen nunmehr die beantragten namentlichen Abstimmungen.

Wien. In Abgeordnetenkreisen spricht man angeblich von den bevorstehenden Verhandlungen der Abg. Schönerer, Wolf und Wersche unter der Verhütung des Verwechens öffentlicher Gemaltheitigkeit. Zur Erklärung des Verhaltens des Abg. Wersche wird in Abgeordnetenkreisen erzählt, der Wole Botocok habe sich auf Wersche gestützt und ihn demnach gerügt, daß er fast ohnmächtig wurde. In der Nacht habe Wersche sein Federmesser gezogen und nach dem Wolen gestochen.  
Wien. Abgeordnetenhaus. Nach sechs namentlichen Abstimmungen beantragte der Junggeseh Abg. Dyl, daß von den zahlreichen gleichlautenden Petitionen gegen die Sprachenverordnungen die eine bedeuten und dem demographischen Protokoll beigebrucht werde. Als hierüber ohne Debatte abgestimmt werden sollte, protestierte die Linke unter großem Lärm und bezeichnete den Antrag als eine Vergewaltigung und neue Gemaltheitigkeit. (Erregte Aufschreie und großer Lärm im ganzen Saal.) Zahlreiche Abgeordnete eilen zum Präsidium, wo sich ein heftiges Gedränge und Stößen entwickelt. Der Präsident unterbricht die Sitzung und verläßt den Saal. Während der Unterbrechung spielen sich unbeschreibliche Szenen ab. Der Abg. Wolf nimmt die Glocke vom Tische des Präsidiums und schwingt sie. Abg. Botocok entweist Wolf die Glocke. (Stürmische Entrüstung auf beiden Seiten des Hauses.) Wölich eilen zahlreiche jugendliche und politische Abgeordnete auf die Präsidententribüne zu,

Stimm- und Fernschreib-Berichte vom 24. November.  
Herrschreib- und Fernschreib-Berichte vom 24. November.